

## AKTUELL

## SOLIDARWIRTSCHAFT

# Der lange Marsch

Richard Graf

**Seit 2004 im Regierungsprogramm soll die „économie solidaire“ endlich Fahrt aufnehmen. Gestern wurde im Beisein der Großherzogin ein entsprechender Aktionsplan vorgestellt.**

Gerade haben wir es erfahren: Luxemburg rangiert weltweit auf Rang sieben, was die Fettleibigkeit der Einwohner angeht. Zum Glück verfügen wir (noch?) über ein effektives Gesundheitssystem, das die negativen Auswüchse der Volkskrankheit Übergewicht zumindest übertünchen kann. Jetzt könnte die Stunde der Solidarwirtschaft schlagen, die mit erschwinglichen Kochkursen, biologisch zubereiteten Schulmahlzeiten und der Produktion nachhaltig erwirtschafteter, lokaler Lebensmittel bei Groß und Klein die Lust zu einer ausgeglichen Ernährung fördert - wie etwa beim Projekt Biosol der sozialen Kooperative co-labor.

Dies ist nur eines der Beispiele, die Paulette Lenert - erste und einzige Conseillère im Ministerium für Solidarwirtschaft - bei der Vorstellung des „Plan d'action pour le développement de l'économie solidaire au Luxembourg“ anführte, um die Bandbreite der in Luxemburg aktiven Initiativen, die sich mit dem Label „économie sociale“ schmücken, sichtbar zu machen.

Zuvor hatte Romain Schneider, der 2009 nominierte und für diesen Bereich zuständige, delegierte Minister, ebenfalls die Aktualität bemüht und den Stellenwert seines Ministeriums, das außer ihm noch ganze zwei Mitarbeiterinnen zählt, hervorgehoben: Die weltweiten Proteste im Zusammenhang mit der Finanzkrise und der Verlust des Vertrauens in ein Wirtschaftssystem, das nicht nachhaltig wachsen kann, zeigten, wie sehr es an der Zeit sei, auch in Luxemburg die Solidarwirtschaft zu stärken. Zwar gebe es keine stichfesten Zahlen für das Land, aber in Europa insgesamt gehören etwa zehn Prozent der Betriebe der Solidarwirtschaft an. Diese rund zwei Millionen Betriebe machen sechs Prozent des Arbeitsmarktes aus.

Auch wenn es noch keine einheitliche Definition für diesen Sektor gibt, so folgt der Aktionsplan doch einer Reihe von Kriterien, die den Perimeter einigermaßen abstecken. Gemeint sind mit „économie solidaire“ Betriebe oder Initiativen, die eine soziale,

gemeinschaftliche Zielsetzung haben. Überwiegend sind die Aktivitäten wirtschaftlicher Natur, umfassen die Produktion und den Austausch von Waren oder Dienstleistungen. Etwaige Gewinne fließen in das Vorhaben zurück, das auf diesem Wege verbessert werden kann. Die Vorhaben sind geprägt durch einen humanen Ansatz und in ihrer Ausgestaltung durch einen demokratischen, partizipativen Prozess bestimmt. Für die Verfahren gilt der Grundsatz der Nachhaltigkeit und der Schonung der Ressourcen im Dienste der nachfolgenden Generationen.

Obwohl schon heute Dutzende von Initiativen diesen Kriterien genügen und einige schon seit Jahrzehnten aktiv sind, kennt Luxemburg bislang keine diesem Umstand angepassten rechtlichen Bestimmungen, weder im Gesellschafts- noch im Steuerrecht. Der Aktionsplan zielt darauf ab, diese Defizite auszugleichen. In einer ersten Phase soll das Selbstbewusstsein, aber auch der Bekanntheitsgrad der Solidarwirtschaft durch eine umfassende Informationskampagne verbessert werden. Parallel dazu ist eine Art Plattform geplant, auf der alle Akteure zusammengeführt und erstmals in die Lage versetzt werden sollen, auch als Interessengemeinschaft einheitlich gegenüber der Politik aufzutreten. Den aus den Vorarbeiten erkennbar gewordenen Problemen der Initiativen soll mit umfassender Beratung und Unterstützung begegnet werden.

Doch am wichtigsten, weil am kontroversesten, dürfte die vierte von Paulette Lenert aufgeführte Arbeitsachse werden: Der von der klassischen Wirtschaft vielfach erhobene Vorwurf, die Solidarwirtschaft betreibe unlauteren Wettbewerb, da nicht alle anfallenden Kosten weiterverrechnet werden, soll in einem Mediationsverfahren in Zusammenarbeit mit den Patronatsverbänden auf seine Stichhaltigkeit geprüft werden.

Auch wenn diese Hürden mit etwas politischem Willen überwindbar scheinen, dürfte die Solidarwirtschaft, die nun nach dem langen neoliberalen Zwischenspiel die Themen der 68er wieder aktuell - ja sogar, im wahrsten Sinne des Wortes, hoffähig - zu machen beginnt, doch noch nicht am Ziel sein. Die Sparmaßnahmen der Austeritätshaushalte in ganz Europa haben auch bei ihr bereits ihre Spuren hinterlassen.

## SHORT NEWS

## Von Athen nach...?

Der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes hat diese Woche die Antworten seiner Partei zur Schuldenkrise vorgestellt. Neben Finanzmarktregulierung, Steuerreformen und Eurobonds fordern die europäischen Grünen auch eine der finanziellen Lage entsprechende Investitionspolitik, die sich auf die Bereiche Energieeffizienz und Erneuerbare Energie konzentriert. Ein Green New Deal könne aber nur mit Hilfe von Privatinvestoren gelingen und diese müssten mit Projektbonds der Europäischen Investitionsbank gelockt werden. Im Anschluss kam Turmes trotz des Titels seiner Pressekonferenz („Von Athen nach Durban“) nicht auf die bevorstehende UN-Klimakonferenz zu sprechen. Dass sogar die Grünen der internationalen Klimapolitik derzeit wenig Aufmerksamkeit schenken und dem allgemeinen Desinteresse nicht entgegenwirken, ist bedauerndswert - auch wenn ihre Enttäuschung über die ausbleibenden Fortschritte verständlich ist. Dabei haben die Grünen durchaus Folgerungen aus der Situation gezogen und von der Fixierung auf bestimmte Reduktionsziele abgelassen. Für sie ist der Weg das Ziel: Projekt- oder Sektorbezogene Ansätze, wie beispielsweise die Festlegung von Effizienzzielen, sind in ihren Augen erfolgsversprechender.

## Militärflughafen Findel?

Wie viel Luxemburg in westliche Kriege verwickelt ist, bleibt ein gut gehütetes Geheimnis. Einen kleinen Einblick verschafft ein am Mittwoch veröffentlichte Communiqué des OGBL zu den Aktivitäten der am Findel ansässigen Strategic Airlines: „Seit einigen Tagen führt diese Luxemburger Fluggesellschaft Truppentransporte im Auftrag der NATO nach Afghanistan und Irak durch.“ Die Gewerkschaft sorgt sich naturgemäß vor allem um die Sicherheit des Flugpersonals. Insbesondere lange Aufenthalte an Orten wie Kabul oder Bagdad seien beunruhigend, so Hubert Hollerich vom OGBL gegenüber wort.lu. Laut online verfügbaren Informationen hat die Firma nicht den besten Ruf, unter anderem soll sie für die australische Regierung Flüchtlinge abgeschoben haben und ihre Lizenz in Frankreich verloren haben. Der Déi-Lénk-Abgeordnete Serge Urbany will in seiner ersten parlamentarischen Anfrage unter anderem wissen, ob die Regierung gedenke, diese Flüge aus Sicherheitsgründen zu unterbinden. Einen deutlich pazifistischeren Akzent setzt die Newsletter goosch.lu, die bemängelt, dass diese Flüge im Widerspruch zur offiziellen Haltung Luxemburgs stehen, sich nicht am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak zu beteiligen.

## Ent-Weltbild-lichung

Eigentlich ist es ja ein lang „gehütetes“ und offenes Geheimnis: Der „Weltbild“-Verlag, eine der größten deutschen Buchhandlungen mit über 250 Filialen und im Besitz der katholischen Kirche führt neben den handelsüblichen billigen Bestsellern und Paperbacks auch eine Menge schlüpfriger Erotikliteratur. Der Konzern, der 1987 aus dem erzkatholischen Zeitungsverlag Winfried-Werk hervorging, und sich dann zum Buchverlag umorientierte und nun nach eigener Aussage „ein führendes Unternehmen in Buch- und Medienunternehmen“ ist, soll nun von seinen Eigentümern veräußert werden. Anscheinend ist der Druck der Öffentlichkeit, zumal der empörten Katholiken, so groß, dass den deutschen Oberhirten ein weiterer Imageschaden, der nach den Missbrauchsskandalen kaum größer sein könnte, das viele Geld nicht wert ist. Ob das gut ist oder nicht sei dahingestellt. Auffallend ist jedoch, dass dies nach der Papstvisite und dem Ruf Ratzingers nach einer „Entweltlichung“ der Kirche geschieht. Sollte es einen Zusammenhang geben, kann sich der Papst jedenfalls freuen immer noch einen beachtlichen Einfluss zu haben. Und die luxemburgische Kirche könnte sich ruhig ein Stückchen von der Folgsamkeit ihrer deutschen Brüder abschneiden, um sich selbst auch mehr zu „entweltlichen“, indem sie beispielsweise auf staatliche Finanzierung verzichtet oder ihre Mediengruppe veräußert. Die hatte vor Jahren ja auch nicht gezögert als Streikbrecher ein deutsches Schundblatt zu drucken.